

Lesen lernen

Mehrere Tausend Menschen in Düsseldorf können nicht lesen und schreiben. Nun werden die Preise bei der VHS kräftig erhöht **S.2**

DIE LINKE im Rat

Die Kommunalwahl war für DIE LINKE erfolgreich. Die gewählten Abgeordneten der LINKEN stellen sich vor. **S.4**

Nix Neues

Eine wirklich neue Wohnungspolitik ist nicht erkennbar. Die LINKE fordert, endlich neue bezahlbare Wohnungen zu bauen. **S.8**

Etwas tun!

Einen starken Anstieg von rechter Gewalt hat Düsseldorf zu verzeichnen. Doch die Stadtpolitik und Polizei will davon nichts wissen. **S.7**

Die Wege werden länger



Foto: flickr/Martin Fisch(CC BY-SA 2.0)

Wehrhahnlinie behindert ÖPNV

Beeinträchtigungen bei Straßenbahnen jetzt deutlich

860 Mill. Euro Steuergelder hat der Bau der Wehrhahnlinie verschlungen. Dann sollte man doch meinen, dass sich der ÖPNV in Düsseldorf wesentlich verbessert. Ja, ein paar Minuten sparen die Fahrgäste auf der Strecke vom S-Bahnhof Bilk zum Wehrhahn mit den neuen Linien U 71, U72 und U73.

Aber was verschlechtert sich? Zunächst soll die Linie 708 komplett wegfallen. Das würde bedeuten, dass viele Stadtteile – Düsselthal, Zoo, Flingern, Hamm, Hafen, Unterbilk – teilweise oder ganz von einer direkten Verbindung zum Hauptbahnhof abgeschnitten sind. Dieser ist nur noch durch Umsteigen zu erreichen.

Die Streichung der 708 wird von der Stadtverwaltung mit haarsträubenden Argumenten begründet.

So wird in einer Grafik dargestellt, wie viele Schulen, Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten mit der neuen U 71 und der bisherigen 708 erreicht werden. Aber die Teilstrecken, die in dieser Grafik verglichen werden, sind unterschiedlich lang:

Die Strecke der U71 ist in diesem Vergleich zweieinhalb mal so lang wie die der 708. Natürlich gibt es dort mehr Schulen, Arbeitsplätze und Geschäfte.

Ein weiteres Argument für die Streichung der beliebten Linie 708 ist, dass

einige Strecken der neuen U71 und der Straßenbahn parallel verlaufen.

Viele Linien fahren bereits heute auf gleicher Strecke. Das ist ganz normal je näher die Bahnen in die Innenstadt kommen. Die Linienführung ist allerdings nur von der Heinrich- bis zur Umlandstraße/Grafenberger Allee gleich.

Aber was ist das für eine Logik, dass man Bereiche nicht mehr vernünftig an den ÖPNV anbindet, weil es woanders besser wird?

Auch die Altstadt ist nicht mehr so gut zu erreichen. Die Straßenbahnen 706 und 715 sollen die Altstadt nicht mehr anfahren und die Haltestellen in der Altstadt sollen wegfallen. Begründet wird dies damit, dass die Altstadt ja über die U-Bahn-Haltestelle Jan-Wellem-Platz zu erreichen ist. Bis zur Altstadt sind es dann jedoch – je nach dem, wo man hin will – 500 bis 1000 Meter. Das ist ok, wenn man gut zu Fuß ist. Aber was ist mit den alten Menschen oder mit Menschen mit Behinderungen?

DIE LINKE lehnt dieses Konzept ab. Die 708 muss auf der bisherigen Strecke erhalten bleiben und die Linien 706 und 715 müssen weiterhin die Altstadt anfahren. Das hat sich in Jahrzehnten bewährt.

DIE LINKE setzt auf einen sozialen

und umweltverträglichen Personennahverkehr. Eine Verschlechterung des ÖPNV-Angebotes darf nicht hingenommen werden. DIE LINKE hat sich immer dafür ausgesprochen, dass der ÖPNV mit vielen einzelnen Maßnahmen attraktiver und kostengünstiger für die Menschen gemacht werden soll, statt 860 Mill. in einer einzelnen Strecke zu versenken, die nur unwesentliche Verbesserungen auf dieser Linienführung bringt. So hat Düsseldorf bald eine neue U-Bahn-Strecke, aber viele Stadtteile sind auch in Zukunft nur mühsam oder gar nicht mit der Rheinbahn barrierefrei zu erreichen. An den Bushaltestellen bleiben die Fahrgäste im Regen stehen, weil angeblich kein Geld für Wartehäuschen da ist.

DIE LINKE Ratsfraktion hat das Großprojekt Wehrhahnlinie immer abgelehnt. Betrachten wir uns das Ergebnis, so müssen wir feststellen: Wieder einmal sind Steuergelder millionenfach für ein teures Prestigeobjekt verschleudert worden. Diese Entwicklung ist noch nicht beendet. Der Bau der U-B1-Linie wird von der neuen Ratsmehrheit nicht gestoppt. Der ÖPNV muss nicht mit teuren Prestigeobjekten aufgepeppt werden, sondern er muss ökologisch und sozial entwickelt werden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die DüsseldorferInnen haben DIE LINKE gestärkt in den Rat und die Bezirksvertretungen gewählt. Wir bedanken uns bei allen, die unser Ziel nach mehr Solidarität statt Größenwahn im Wahlkampf mit uns vertreten und mit ihrer Stimme dieses Ziel gestärkt haben. Seit Mitte Juni stehen die neuen Mehrheitsverhältnisse fest und SPD, Grüne und FDP versuchen sich auf eine gemeinsame Politik zu einigen. Das bedeutet allerdings noch nicht, dass ein wirklicher Politikwechsel vor uns liegt. Bezahlbarer Wohnraum, sichere Radwege, Ausbau des ÖPNV, sanierte Schulen und Kitas sowie ein solidarischer Umgang mit dem, durch die Agenda-politik verarmten Teil der Bevölkerung – daran muss sich die neue Mehrheit messen lassen.

DIE LINKE Ratsfraktion wird in den kommenden Jahren die soziale, linke Opposition sein. Linke Opposition heißt, die Interessen der Menschen zu vertreten, die unter dem Größenwahn einer kapitalistischen Gesellschaft leiden. DIE LINKE erwartet von der neuen Koalition, dass sie die Situation der 90.000 DüsseldorferInnen, die von Hartz IV, Sozialhilfe oder Mindestsicherung leben müssen, spürbar verbessert. DIE LINKE Ratsfraktion wird alle Vorhaben unterstützen, die diesen Zielen dient, aber gegen jede Politik Widerstand leisten, die der alten schwarz-gelben Politik für die Wohlhabenden entspricht.

Lutz Pfundner
Sprecher der Ratsfraktion
DIE LINKE.

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 899-5123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

36.280 Arbeitslose in Düsseldorf = 11,4%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im August 2014 bei 28.447 (offizielle Arbeitslosenquote 8,9 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 36.280 um 7.833 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Die genaue Aufschlüsselung der heraus gerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Musikbunker zu teuer

In Düsseldorf herrscht Probe-raummangel, das ist hinlänglich bekannt. Im Frühjahr 2012 wurde der Musikbunker am Gatherweg in Lierenfeld wegen mangelhaftem Brandschutz geschlossen. Im Dezember 2012 kaufte der private Investor Gil Bronner den Bunker und sanierte diesen über ein Jahr aufwendig, um ihn dann, laut Vertrag für die nächsten zwanzig Jahre, an das Kulturamt der Stadt zu vermieten. Die erwartete Nachfrage blieb aus, bisher sind weniger als die Hälfte der Räume vermietet, von 96 Proberäumen sind nur 41 belegt. Bei 10€/m², einer Kautions von 400€, Nebenkosten und einer einmaligen Pauschale können sich viele MusikerInnen die hohe Miete nicht leisten. Außerdem klagen einige über unzureichende Schallisierung und schlechte Akustik.

AnalphabetInnen in Düsseldorf

Jeder siebte Erwachsene kann nicht richtig lesen



Was ist das Lesen können wert?

Foto: Taro Taylor (CC BY-SA 2.0)

In Deutschland sind 7,5 Millionen Erwachsene (14,5 %) aufgrund ihrer begrenzten schriftsprachlichen Kompetenz nicht in der Lage, am gesellschaftlichen Leben in angemessener Form teilzuhaben. In Nord-Rhein-Westfalen gelten 1,5 Millionen Menschen als Analphabeten, in Düsseldorf sind es mehrere Zehntausend.

Zum Beginn dieses Jahres wurde in Nord-Rhein-Westfalen das Alphanetz gegründet. Das Bündnis verschiedener

Organisationen möchte die Sensibilisierung für Alphabetisierungs- und Grundbildungsthemen verstärken und die Beteiligung an Alphabetisierungskursen – und die entsprechenden Angebote – in den nächsten Jahren signifikant erhöhen. Mitglied im Bündnis ist auch die Düsseldorfer Volkshochschule.

Die Volkshochschule bietet bereits seit mehreren Jahren Alphabetisierungskurse in Düsseldorf an. Den Betroffenen wird so die Möglichkeit ge-

geben, richtig lesen und schreiben zu lernen. Das Angebot ist zu begrüßen und ein Ausbau aus unserer Sicht zu prüfen. Die Entwicklung der Kursgebühren ist allerdings abzulehnen: Bis vor zwei Jahren wurden die Kurse kostenfrei angeboten, nach einer Änderung der Entgeltordnung werden mittlerweile jedoch bis zu 76 Euro pro Semester und Kurs verlangt – im Jahr kommen somit über 150 Euro zusammen.

Eine solche Kostenentwicklung baut neue Hürden auf und widerspricht dem selbstgesetzten Ziel, die Beteiligung an Alphabetisierungskursen zu erhöhen. Viele Betroffene können sich eine Teilnahme nicht mehr leisten. DIE LINKE beantragte daher in der vergangenen Sitzung des Schulausschusses, die Alphabetisierungskurse ab dem kommenden Semester wieder kostenfrei anzubieten. Der Schulausschuss überwies den Antrag an das Kuratorium der Volkshochschule, das Ergebnis der dortigen Beratung steht noch aus.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Die Hans-Günther-Sohl-Straße

Der Rheinblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- oder Naziverbrecher geehrt werden. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die Anwohner formal unangenehm ist. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

Die Hans-Günther-Sohl-Straße in Flingern-Nord

Seit 1991 existiert die Hans-Günther-Sohl-Straße in Düsseldorf. War den Verantwortlichen die Nazi-Geschichte nicht bekannt oder wurde sie bewusst verschwiegen? Hans Günther Sohl war bedeutender deutscher Industriemanager während der Zeit des Nationalsozialismus. Allerdings auch danach.

Sohl trat bereits 1933 der NSDAP bei. Gleich nach seinem Eintritt wurde er Leiter des Rohstoff-Ressorts der Friedrich Krupp AG. 1935 übernahm er die Leitung der Firma und wurde dann im Oktober 1941 in den Vorstand der Vereinigten Stahlwerke berufen. Später wurde er stellvertretender Vorstandsvorsitzender. 1942 wurde Sohl zum Wehrwirtschaftsführer der Reichsvereinigung Eisen ernannt. Die Vereinigten

Stahlwerke, dem damals zweitgrößten Stahlherzeuger weltweit und neben der IG Farben größter Konzern Deutschlands, spielten für die NSDAP bzw. deren Finanzierung sowie der späteren Aufrüstung eine wichtige Rolle. Die führenden Leute der Montanindustrie waren in allen bedeutenden Gremien vertreten und hatten wesentlichen Anteil an der Aufrüstung und der Kriegswirtschaft insgesamt.

Hans-Günther Sohl hat es mit zu verantworten, dass Tausende Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs in der Produktion in der Stahlindustrie unter unmenschlichen Bedingungen schufteten mussten.

Sohl wurde zwar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von den Briten vom 1. Dezember 1945 bis 17. Mai 1947 interniert. Das war allerdings nicht das Ende der Karriere des Naziprofiteurs Hans-Günther Sohl. Im Nachkriegs-Deutschland machte er wieder eine steile Karriere, wie die meisten anderen Nazis aus der Wirtschaft. 1953 wurde er Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG als Nachfolgerin der Vereinigten Stahlwerke. Von 1956 bis 1969 war Sohl Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie sowie von 1972 bis 1976 Vorsitzender des Bundesverbands der Deutschen Industrie.

Der Spiegel ehrte den „quierlichen Spitzenmanager“ in einem Nachruf im August 1989. Auch als ambitionierter

Musiker, der ein Stück komponierte, das bei seiner als auch der Trauung seiner Kinder aufgeführt wurde. Kein Wort davon, dass Hans-Günther Sohl für die Qualen tausender Zwangsarbeiter und seine verantwortliche Mitarbeit bei der Aufrüstung zum Krieg verantwortlich ist. Schon 1963 würdigte der Spiegel Sohl ohne auf seine Nazi-Vergangenheit einzugehen.



Sohl als Spiegeltitel 1963

In Krefeld wird derzeit geprüft, ob eine Straße nach Hans-Günther Sohl und anderen Nazis benannt werden darf. Es wurde dazu eine Kommission gebildet, die „Krefelder Straßennamen auf Zusammenhänge mit einem nationalsozialistischen Hintergrund“ prüfen.

Gericht stoppt CO-Pipeline

Der Kampf gegen die Giftgasleitung geht weiter

Das Oberverwaltungsgericht Münster beschloss am 27. August, dass das Rohrleitungsgesetz, das der Landtag NRW 2007 einstimmig verabschiedet hatte, verfassungswidrig sei. Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen setzte der Landtag die Interessen des Bayer-Konzerns mit dem Gemeinwohl nach Artikel 15 des Grundgesetzes gleich und ließ private Grundstücke für den Bau der Pipeline enteignen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hatten sicher nicht im Kopf, die Gärten von Hausbesitzern zu enteignen, um den Profitinteressen von multinationalen Konzernen gerecht zu werden. Das sah das OVG Münster auch so und verwies die Klage zur Prüfung an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Jetzt wird die Bayer AG für einige Jahre die Pipeline nicht in Betrieb nehmen können.

Aber der Kampf gegen die Pipeline ist damit noch nicht gewonnen. Durch die Pipeline soll hochgiftiges, geruchloses Kohlenstoff-Monoxid von Dormagen nach Krefeld transportiert werden. Die Leitung quert zweimal den Rhein und geht an vielen Stellen durch Wohngebiete. Das Einatmen dieses Gases führt

innerhalb weniger Minuten zum Tod. Ein Austritt des Gases würde erst auffallen, wenn, je nach Windrichtung, in einem großen Umkreis um das Leck die Menschen tot sind. Bei einem vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführten Austritt verteilen sich in bis zu 800 Meter (gibt selbst Bayer zu. Fachleute halten auch bis zu 1500 Meter für möglich) Entfernung tödliche Konzentrationen dieses Giftgases; nicht wahrnehmbar und ohne Rettung für die Betroffenen. Der Konzern behauptet, die Leitung ist sicher. Eine Behauptung, die man immer wieder hört, bis uns Umweltkatastrophen durch nicht beherrschbare Techniken

eines besseren belehren. Die Stadt- und Gemeinderäte der betroffenen Kommunen wehren sich gegen die Inbetriebnahme. Auch DIE LINKE. Düsseldorf hat in Anfragen und Anträgen im Rat und in Bezirksvertretungen auf die Gefahren für die Bevölkerung aufmerksam gemacht und die Beendigung der Baumaßnahmen gefordert.

Dieses Urteil ist nur ein Grund, um Luft zu holen. Es entlarvt zwar die Ideologie der anderen Parteien, die Gemeinwohl mit Profitinteressen verwechseln. Die entscheidende Forderung, dass diese Giftgasleitung nie in Betrieb gehen darf, ist damit aber noch nicht erfüllt.



Protest gegen die CO-Pipeline

Foto: Marek Gehrman (CC BY-SA 2.0)

Mayors for Peace

Düsseldorf für den Frieden

Vor 100 Jahren begann der 1. Weltkrieg, vor 75 Jahren der 2. Beide Kriege sind auch mit Düsseldorf bzw. Düsseldorfern verbunden.

Das Düsseldorfer Unternehmen Rheinmetall hat im 1. Weltkrieg alle Parteien mit Kanonen versorgt und ist damit reich geworden. Auch im 2. Weltkrieg hat das Unternehmen Milliarden mit Rüstungsgütern verdient und ist bis heute einer der größten Waffenlieferanten. An jedem bewaffneten Konflikt auf der Welt verdient Rheinmetall.

Ein anderes Düsseldorfer Unternehmen, das durch den 2. Weltkrieg reich geworden ist und das mit den damaligen Gewinnen seine heutige Größe begründet hat, ist Thyssen. Fritz Thyssen ist schon früh der NSDAP beigetreten. Er hat es Hitler ermöglicht, im Düsseldorfer Industriecenter der deutschen Wirtschaft seine Politik darzulegen und bei den Anwesenden großzügige Spenden an die NSDAP einzutreiben.

DIE LINKE ist der Meinung, es ist an der Zeit, dieser Geschichte etwas entgegen zu setzen. Deshalb haben wir im Rat den Antrag eingebracht, dass sich der Düsseldorfer Oberbürgermeister am Netzwerk „Bürgermeister für den Frieden – Mayors for Peace“ beteiligt.

Das Netzwerk ist ein internationaler

Zusammenschluss von Bürgermeistern, die sich für die Abschaffung von Atomwaffen einsetzen. Dem Netzwerk gehören mittlerweile ca. 6.100 Bürgermeister in 158 Ländern an. In Deutschland sind es 414 Bürgermeister und Landräte, die sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen.

Bereits im November 2011 hatten wir in einem inhaltsgleichen Antrag gefordert, dass sich auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister an dem Netz-

werk beteiligen soll. Er wurde von CDU und FDP mehrheitlich abgelehnt. Auch der damalige CDU-Oberbürgermeister Elbers fühlte sich mit dem Antrag nicht angesprochen.

Da Düsseldorf aber mittlerweile einen neuen SPD-Oberbürgermeister hat und unser damaliger Antrag auch von SPD und Grünen unterstützt wurde, haben wir den Antrag noch einmal eingebracht. Wir gehen davon aus, dass er diesmal Erfolg hat.



Protest gegen Atomwaffen in Büchel (Eifel)

Foto: Buroll (CC BY-SA 2.0)

Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt ist weltweit eine der verbreitetsten Menschenrechtsverletzungen und bezeichnet alle Formen von Gewalt zwischen Erwachsenen, die in einer nahen, intimen Beziehung zueinander stehen oder standen. Nach wie vor wird die Gewalt mehrheitlich von Männern an Frauen ausgeübt.

Seit 2002 wird diesem Gewaltphänomen umfassender begegnet: die Polizei muss seitdem den Betroffenen anbieten, durch Weitergabe ihrer Daten einen Kontakt zu einer Beratungseinrichtung herzustellen. In Düsseldorf hat sich die Zahl der Vermittlungen seitdem verfünffacht. Die „Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt“ ist die in Düsseldorf zuständige Beratungseinrichtung. Dessen Arbeit war lange Zeit allerdings nicht gesichert, da die Ratsmehrheit die erforderlichen Mittel nicht bewilligen wollte. Nach steigendem öffentlichen Druck wurden die Gelder für dieses Jahr bereitgestellt. Ob die Arbeit im kommenden Jahr fortgeführt werden kann, ist allerdings weiter offen. Um den Betrieb dauerhaft zu gewährleisten und Planungssicherheit zu geben, wird DIE LINKE in den Haushaltsberatungen eine dauerhafte Förderung beantragen.

Höhere Löhne in Kitas

Pro Woche lösen zwischen einem und drei ErzieherInnen in Düsseldorf ihre Verträge auf, weil sie andernorts bessere Bedingungen finden. Jetzt will auch die Stadt gegensteuern, auf der letzten Personalversammlung versprach sie eine bessere Bezahlung.

Im Jugendhilfeausschuss fragte DIE LINKE nach, ab wann die Höherstufung erfolgen soll.

Erfreulich ist, dass ab Januar 2015 die ErzieherInnen (ohne Leitungsaufgaben) in den rund 100 städtischen Kitas mehr Geld bekommen sollen. Wenig erfreulich ist allerdings, dass die MitarbeiterInnen in den weit über 200 Kitas in freier Trägerschaft hiervon nicht profitieren werden, da die Stadt hier keinen Einfluss auf Stellenbewertungen hat.

Im Jugendhilfeausschuss fragten wir zudem nach der Anzahl der befristeten Beschäftigten in den städtischen Kitas. Bei den tariflich Beschäftigten haben noch immer 90 MitarbeiterInnen lediglich einen befristeten Vertrag. DIE LINKE fordert die Entfristung der Verträge.

DIE LINKE im Rat

Aus dem Kommunalwahlprogramm 2014

DIE LINKE in Düsseldorf ist mit einem umfassenden Programm in den Kommunalwahlkampf gezogen. Dieses Programm ist Grundlage für die Arbeit der Ratsfraktion in den kommenden sechs Jahren.

- Recht auf bezahlbaren Wohnraum mit ausreichendem Neubau von Sozialwohnungen und Wohnungsbau durch die Stadt für 5 Euro/qm Miete
- Gesundheit darf nicht wirtschaft-

lichen Interessen untergeordnet werden - für die Rekommunalisierung der Düsseldorfer Krankenhäuser

- Kostenlose Bildung für alle von jung bis alt
- kostenloser Öffentlicher Personen-Nahverkehr
- Ausbau eines sicheren, zusammenhängenden Radwegenetzes
- Verzicht auf den Bau von vierspurigen Schnellstraßen
- Sport und Kultur für alle zugänglich

- Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung - Rekommunalisierung der Stadtwerke und der AWISTA
- Keine Gebührenerhöhungen für Leistungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge
- gegen die Hartz-Gesetze und – solange sie noch in Kraft sind – die Abwehr ihrer unsozialen Folgen
- die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für alle, die in Düsseldorf leben

- Politische Mitwirkung von außerparlamentarischen Initiativen und Organisationen

DIE LINKE will eine lebenswerte Stadt für alle Menschen, die in Düsseldorf leben. Niemand soll ausgegrenzt werden. Nicht der Größenwahn und der Einfluss von Großkonzernen dürfen die Politik bestimmen, sondern nur die Interessen und Bedürfnisse der Menschen in dieser Stadt.



Angelika Kraft-Dlangamandla

Sprecherin der Ratsfraktion
Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, im Ältestenrat und im Haupt- und Finanzausschuss stellv. Mitglied im Gleichstellungsausschuss



Lutz Pfundner

Sprecher der Ratsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften und im Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Ältestenrat, im Haupt- und Finanzausschuss, im Ordnungs- und Verkehrsausschuss und im Wahlprüfungsausschuss



Anja Vorspel

Mitglied im Ordnungs- und Verkehrsausschuss stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss



Nicki Blanchard

Mitglied im Schulausschuss stellv. Mitglied im Ordnungs- und Verkehrsausschuss, im Sportausschuss, im Haupt- und Finanzausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss

DIE LINKE in den Bezirksvertretungen

Mehr Aktivitäten in den Stadtteilen

Bisher wurden in der Düsseldorfer Innenstadt mehr als die Hälfte aller Investitionen getätigt. Dagegen gibt es in vielen Stadtteilen keine Jugendzentren oder nur unzureichende, die zum Beispiel am Wochenende geschlossen sind.

Für alle DüsseldorferInnen, egal in welchem Stadtteil sie wohnen, muss

die Stadtverwaltung die notwendigen Voraussetzungen zur Daseinsvorsorge schaffen. Das Recht auf Wohnen, Bildung, Mobilität und lebenswerter Freizeitgestaltung darf nicht dadurch eingeschränkt sein, dass man nicht in der Düsseldorfer Innenstadt wohnt. Die DüsseldorferInnen müssen sich in ihren Stadtteilen wohlfühlen, ob Klein-

kind oder älterer Mensch. Dementsprechend muss es genügend Angebote geben, vom unfallsicheren Spielplatz bis zu Stadtteilbibliotheken mit längeren Öffnungszeiten. Von sicheren Fuß- und Radwegen bis zu Bürgerhäusern als stadtteilnahe Treffpunkte. Und ein Mitspracherecht aller EinwohnerInnen bei den Planungen im Stadtteil.

Die LINKE wird sich in den Bezirksvertretungen dafür einsetzen, dass die EinwohnerInnen in den Stadtteilen und Bezirken in die Stadtplanungen besser einbezogen werden und die vorhandenen finanziellen Mittel der Stadt allen DüsseldorferInnen zugute kommen.



Dr. Frank Werkmeister

Bezirksvertretung 1

Altstadt, Carlstadt, Stadtmitte, Pempelfort, Derendorf, Golzheim



Ben Klar

Bezirksvertretung 2

Flingern-Nord, Flingern-Süd, Düsseldorf



Dieter Sawalies

Bezirksvertretung 3

Oberbilk, Unterbilk, Bilk, Friedrichstadt, Hafen, Hamm, Flehe, Volmerswerth



Anja Vorspel

Bezirksvertretung 3

Oberbilk, Unterbilk, Bilk, Friedrichstadt, Hafen, Hamm, Flehe, Volmerswerth



Georg Blanchard

Bezirksvertretung 4

Oberkassel, Heerdt, Lörick, Nieder-kassel



Emmanouil Mastrokoukos

Bezirksvertretung 5

Stockum, Lohausen, Kaiserswerth, Wittlaer, Kalkum, Angermund



Lothar Daxenberger

Bezirksvertretung 6

Lichtenbroich, Unterrath, Rath, Mörsenbroich



Wolfram Müller-Gehl

Bezirksvertretung 7

Gerresheim, Grafenberg, Ludenberg, Hubbelrath, Knittkuhl



Lutz Pfundner

Bezirksvertretung 8

Eller, Lierenfeld, Vennhausen, Unterbach



Gilbert Yimbou

Bezirksvertretung 9

Wersten, Holthausen, Reisholz, Benrath, Urdenbach, Hassels, Itter, Himmelgeist



Angelika Kraft-Dlangamandla

Bezirksvertretung 10

Garath, Hellerhof

Erfolgreiche Kommunalwahl 2014

Bei der Kommunalwahl im Mai haben 11.877 DüsseldorferInnen und Düsseldorfer DIE LINKE gewählt. Das waren genau 902 Stimmen mehr als fünf Jahre zuvor. Damit ist DIE LINKE auch im neuen Rat mit vier Sitzen vertreten. Bei der Wahl zu den Bezirksvertretungen votierten 12.952 WählerInnen für DIE LINKE. So ist DIE LINKE das erste Mal in allen Düsseldorfer Bezirken vertreten, im Bezirk 3 sogar mit zwei Mandaten.

Goethe-Museum

„Es ist nicht genug zu wissen- man muss es auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen- man muss es auch tun“. Goethe selbst bietet die Lösung für den Umgang mit der Sanierungsbedürftigkeit des Schloss Jägerhofs, in dem das Goethe-Museum untergebracht ist. Nun bedarf es finanzieller Mittel um Nässeschäden, Feuchtigkeit und Schimmel beseitigen zu können, denn es sind bereits erhebliche Schäden an den historischen Werken des Goethe-Museums entstanden. Eine Sanierung ist erst für das Jahr 2016 vorgesehen und würde zur Folge haben, dass weitere Schäden an Kulturgütern entstehen. Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, unverzüglich die finanziellen Mittel für die notwendige Sanierung zur Verfügung zu stellen. „Was ich einmal für recht erkenne, möchte ich auch gleich getan sein“..

DIE LINKE beantragt Flüchtlingskonzept

Die Zahl der Flüchtlinge in Düsseldorf ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, aktuell leben rund 1.500 in der Stadt. Der Anstieg war absehbar, trotzdem ist die Stadt nicht vorbereitet: weder wurde die soziale Betreuung hinreichend ausgebaut, noch wurde eine ausreichende Anzahl an Unterbringungsplätzen geschaffen. Die Erstellung eines umfassenden Konzepts ist lange überfällig. DIE LINKE hat im Stadtrat beantragt, ein solches Konzept unter Einbeziehung der Betroffenen, der entsprechenden Organisationen und Verbände sowie der städtischen Wohnungsgesellschaft zu erarbeiten. Neben dem Ausbau von Betreuung und Unterbringungsplätzen soll im Konzept auch die Art der Unterbringung neu geregelt werden. Bisher müssen Flüchtlinge in Düsseldorf in Sammelunterkünften leben, obwohl dies für die Betroffenen zu zusätzlichen psychischen Belastungen führt. Privatsphäre und Bewegungsfreiheit bleiben ihnen weitgehend verwehrt. Besser wäre eine Unterbringung in normalen Wohnungen. So würde nicht nur das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben geschützt, die Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass eine solche Unterbringung auch günstiger ist. Eine humane Unterbringung und ein Ausbau der Betreuung sind dringend erforderlich.

Über 10.000 Sozialwohnungen fehlen

Die Stadt muss selbst bauen

In den letzten zehn Jahren ist der Bestand an Sozialwohnungen von 30.500 auf unter 19.000 Wohnungen gesunken.

Das liegt zum einen daran, dass die Mietpreisbindung für geförderten Wohnungsbau nach 10 bis 15 Jahren ausläuft. In den letzten Jahren sind so 1.200 bis 1.500 Wohnungen pro Jahr aus der Preisbindung gefallen. Zum anderen sind im gleichen Zeitraum aber viel zu wenig neue Sozialwohnungen gebaut worden. Insgesamt waren es 1.108 neue Wohnungen, das heißt im Schnitt 110 Wohnungen pro Jahr.

Die bei der letzten Kommunalwahl abgewählte Koalition aus CDU und FDP hat eindeutig zu wenig getan, um den eklatanten Schwund an Sozialwohnungen zu stoppen. Aufgrund des zunehmenden Widerstands der Bevölkerung gegen diese Politik wurde im letzten Jahr das sogenannte Wohnungsmarktkonzept aufgelegt. Danach sollen bei Neubauten 20% der Wohnungen gefördert werden. Die Stadt geht davon aus, dass in den nächsten fünf Jahren ca. 5.000 neue Wohnungen entstehen werden. Ohne auf die zahlreichen Ausnahmen einzugehen, die laut dem Wohnungsmarktkonzept möglich sind, würden maximal 1.000 neue Sozialwohnungen entstehen. Die Verwaltung geht bei ihren Zahlen davon aus, dass ausschließlich private Investoren Wohnungen bauen. Wohnungsbau durch die Stadt ist nicht

vorgesehen. In der gleichen Zeit werden bis zu 7.500 Wohnungen aus der Bindung fallen.

Es ist also notwendig, den Bau von Sozialwohnungen wesentlich stärker als beabsichtigt zu forcieren. Der Mieterverein fordert zusammen mit dem DGB eine Steigerung der Quote bei Neubauten auf 30%. Gleichzeitig verlangt der Mieterverein die Errichtung von 2.500 Sozialwohnungen pro Jahr. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Stadt selbst baut. Um die Differenz auszugleichen, muss sie mindestens 2.200 Wohnungen pro Jahr errichten.

DIE LINKE verlangt seit Jahren zusammen mit dem Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, dass die Stadt Wohnungen auf eigenen Grundstücken baut. Ohne Anrechnung von Finanzierungs- und Grundstückskosten sind dabei Kalt-

mieten von 5 Euro pro Quadratmeter realisierbar. Das ist allerdings nur möglich, wenn die Stadt als Eigentümerin und Bauherrin auftritt. Dem steht auch nichts entgegen. Städtische Grundstücke stehen zur Verfügung, wenn sie nicht wie in der Vergangenheit an Investoren verkauft werden. Mit der IDR und der städtischen Wohnungsgesellschaft SWD gibt es städtische Unternehmen, die den Bau und die Verwaltung der Wohnungen übernehmen können. Auch Geld kann die Stadt aufbringen. Allein aus den Mieten des jetzigen Wohnungsbestandes - ca. 7.000 Wohnungen - nimmt die Stadt rund 11 Millionen Euro jährlich ein. Und die Neubauten würden das Vermögen der Stadt erhöhen, anders als z. B. die Wehrhahnlinie, die zwar viel Geld gekostet hat, aber nicht als Vermögen darstellbar ist.



Schuldenfreiheit

Die SPD definiert den Begriff neu

2008 wurde uns erzählt, Düsseldorf sei schuldenfrei. Es wurde sogar eine „Schuldenfreiheitsuhr“ ans Rathaus montiert, damit jeder Besucher und jede Besucherin ablesen kann, seit wie viel Tagen dieser Zustand schon anhält.

Laut Duden bedeutet schuldenfrei: „Nicht mit Schulden belastet.“ Düsseldorf hatte aber auch nach Montage der Uhr Schulden und hat sie bis heute. Laut dem letzten Haushaltsplan belaufen sich die Verbindlichkeiten der Stadt auf über 600 Millionen Euro. Dieses Rätsel, wie man mit Schulden schuldenfrei sein kann, versuchte die Stadt und ihre CDU-Oberbürgermeister zu lösen, in dem sie behaupteten, es handele sich um eine „wirtschaftliche Schuldenfreiheit“. Dabei übersteigen die Vermögenswerte die Schulden und Simsalabim ist man schuldenfrei. Wenn Sie also für 800 Euro einen Fernseher kaufen und dafür Ratenzahlung vereinbaren, gleichzeitig aber noch 1.000 Euro auf dem Konto haben, sind sie schuldenfrei. Jedenfalls in Düsseldorf, wenn der Oberbürgermeister mit einkaufen kommt.

Nachdem DIE LINKE jahrelang mit Zahlen diesen Irrsinn widerlegt und die Abschaltung der Schuldenfreiheitsuhr gefordert hat, nahm unser neuer Oberbürgermeister, diesmal von der SPD, in seinem Wahlkampf die Initiative auf und kündigte als erste Amtshandlung die Abschaltung der Uhr an.

Jetzt ist er Oberbürgermeister und hat zwei Handicaps. Erstens hat er jetzt die Verantwortung für den städtischen Haushalt. Da macht es sich ja gut, wenn man sagen kann, Düsseldorf ist schuldenfrei. Zweitens versucht er zusammen mit seinen Genossen mit Grünen und FDP eine Allianz zu schmieden. Die FDP hat von Anfang an gesagt, dass sie für diese Allianz nur zur Verfügung steht, wenn an der Schuldenfreiheit nicht gerüttelt wird. Zwar grenzt die Wahrnehmung der FDP schon an Verschrobenheit, aber ihre Stimmen sind notwendig, um die Mehrheit zu sichern.

Also hat der neue OB eine neue Sprachregelung gefunden. Düsseldorf hat zwar Schulden, aber der Kernhaushalt ist schuldenfrei. Was das jetzt ist,

weiß auch keiner, hört sich aber fast so gut an wie früher.

Und die Schuldenfreiheit des Kernhaushaltes muss erhalten bleiben. Deshalb soll z. B. für die Sanierung der Schulen eine Tochtergesellschaft gegründet werden. Diese Gesellschaft soll mit mehr Geld als bisher die Sanierung finanzieren, in dem sie Kredite aufnimmt. Der Inhalt dieser Aussage ist sehr aufschlussreich. Denn erstens steht jetzt fest, dass bisher nicht genug Geld zur Verfügung stand. Und zweitens werden Schulden an Tochtergesellschaften ausgelagert. Das hat die Düsseldorfer Verwaltung bisher auch schon gemacht, nur heute wird es zugegeben. Dadurch verschwinden die Schulden aber nicht, denn letzten Endes muss die Stadt als Eigentümerin der Gesellschaft dafür gerade stehen.

Fazit: Auch den neuen Oberbürgermeister sollte man mit zum Einkaufen nehmen. Denn er wird es erklären, wie Ihr Kernhaushalt schuldenfrei bleibt. Bei der Stadt hat er es schon - fast - geschafft.

Düsseldorf nach dem Orkan Ela

Gerechter Lohn für Sturm-Aufräumarbeiten

Die Aufräumarbeiten der Folgeschäden des Orkans „Ela“ laufen immer noch – für 1€/Stunde helfen nun auch Arbeitslose mit. Zur Beseitigung der Sturmschäden holte die Stadt sich direkt zu Beginn Unterstützung. War es zunächst die Bundeswehr, die zu Hilfe

ten unterstützen. Anstatt ordentliche, tariftreue Arbeitsverträge zu schaffen, wie es DIE LINKE in einem Antrag an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales fordert, scheint es der Stadt legitim, die Aufräumarbeiten so voran zu bringen. Eingesetzt werden die Ein-Euro

integrieren. Die 15 Stellen sind auf ein halbes Jahr begrenzt. Tätigkeiten wie Äste entfernen oder Sägespäne wegräumen werden wohl eher für Muskelkater sorgen, anstatt für eine ordentliche Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Es ist offensichtlich, dass die Stadt auf Kosten von Hartz-IV-EmpfängerInnen Geld sparen will.



Auf der Suche nach einem Job

Foto:piqs/seatlleye(CC BY-SA 2.0)

gerufen wurde, forderte die Stadt Mitte Juli das Jobcenter auf, Stellen für Arbeitslose zu schaffen. Dort wurden 15 Stellen ausgeschrieben. 40 Stunden pro Woche sollen die Hartz-IV-EmpfängerInnen für 1€/Stunde die Aufräumarbei-

JobberInnen in der Zukunftswerkstatt Düsseldorf (ZWD), eine städtische Tochtergesellschaft.

Offiziell sollen die sogenannten Ein-Euro-Jobs Langzeitarbeitslosen helfen, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu

Bei **Ein-Euro-Jobs** handelt es sich nicht um reguläre Arbeit, sondern um „Arbeitsgelegenheiten“. Die Beschäftigten haben keinen Arbeitsvertrag und genießen keinen arbeitsrechtlichen Schutz. Statt Lohn gibt es eine „Aufwandsentschädigung“ von einem Euro. Ein-Euro-Jobs helfen Erwerbslosen nicht, eine reguläre Arbeit zu finden. Sollte dies doch einmal gelingen, sind die Löhne so niedrig, dass sie mit Hartz-IV-Leistungen aufgestockt werden müssen. Darüber hinaus werden durch Ein-Euro-Jobs auch reguläre Arbeitsplätze verdrängt. DIE LINKE fordert daher, dass Ein-Euro-Jobs abgeschafft werden und durch reguläre Arbeitsplätze ersetzt werden.

Rechte Gewalt in Düsseldorf

Die Landesregierung registriert starke Zunahme

Im Frühsommer 2014 wurde vom nordrhein-westfälischen Landtag eine Statistik zu rechts motivierten Straftaten in NRW veröffentlicht. In der Statistik wurden für Düsseldorf im Jahr 2013 insgesamt 158 rechte Delikte erfasst, das sind 47 rechte Straftaten mehr als im Jahr 2012. Darunter fallen unter anderem Körperverletzung (12), Beleidigung (20) und Volksverhetzung (24). Besonders die Körperverletzungsdelikte haben zugenommen, 2012 waren es knapp die Hälfte. Die Täter kommen oft auch aus dem Düsseldorfer Umland. Die Altstadt ist auch für Rechte attraktiv, so die Opferberatungsstelle Rheinland. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass der Anstieg auch mit dem Wahljahr 2013 zusammenhängt, da kommen Veranstaltungen von Rechten häufiger vor.

Ein Anstieg ist landesweit zu verzeichnen - in NRW wurden insgesamt 3085 rechts motivierte Straftaten begangen. Das sind 61 Delikte mehr als 2012. An der Spitze steht hier die Nazihochburg Dortmund, dort zeigt die Statistik 228 Strafdelikte. Es folgen Düsseldorf, Duisburg und Essen.

Die Dunkelziffer rechter Gewalt liegt

wahrscheinlich um etwa ein Drittel der Straftaten höher, zudem können die Dimensionen alltäglicher Diskriminierung nicht durch die Statistik abgebildet werden. Die Stadtverwaltung zeigt sich angesichts dieser Zahlen unbesorgt. Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, wie dem Anstieg der Straftaten in Düsseldorf entgegengewirkt werden soll, beantwortete die Verwaltung im vergangenen Jahr wie folgt: „Alle Kooperationen und Maßnahmen wer-

den in gewohnter und bewährter Form fortgeführt.“ Im Klartext bedeutet das: alles bleibt beim Alten. Nach einem so deutlichen Anstieg der Straftaten, ist es jedoch dringend erforderlich, dies zu überprüfen. Deshalb fordert DIE LINKE in einem Antrag zur kommenden Ratsitzung die Stadtverwaltung auf, ihre Maßnahmen und Kooperationen gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt in Düsseldorf detailliert darzustellen, um nötige Korrekturen vorzunehmen.



Der Kampf gegen Rechts bleibt aktuell

Foto:©der bildermacher (CC BY-SA 2.0)

Kö-Pavillon verschrotten

1,46 Millionen Euro für die Anschaffung und 880.000 Euro für den Umzug von weniger als 100 Meter. Macht bislang 2,34 Millionen Euro für den Kö-Pavillon – laut Steuerzahlerbund ein Musterbeispiel für Verschwendung. Was bekamen die DüsseldorferInnen für diesen Preis? Sie konnten von einer Plattform auf eine Großbaustelle gucken und zusehen, wie über eine Milliarde Steuergelder verbuddelt wurden. Doch was geschieht mit dem Teil, wenn Kö-Bogen und Wehrhahnlinie fertig sind? Im kommenden Jahr muss der Pavillon von seinem Platz verschwinden, dennoch ist die weitere Verwendung noch nicht geklärt. Es bestehen „Überlegungen zu einer weiteren städtischen Nutzung, als auch die Option eines Verkaufs“, so die nichtssagende Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage im Bauausschuss. Ex-Oberbürgermeister Elbers hatte die Idee, mit dem Pavillon von Baustelle zu Baustelle zu ziehen. Jeder Umzug würde allerdings wieder eine knappe Million Euro verschlingen, jede weitere städtische Nutzung hohe Folgekosten bedeuten. Vermutlich wird die Stadt bei diesen Kosten auch keinen Käufer finden. Die sinnvollste Lösung wäre dann sicherlich: das ganze Ding verschrotten und die Lehre ziehen, dass Größenwahn manchmal sehr teuer sein kann.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Anita Starosta, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Lutz Pfundner

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

Schon 1 Mio. Euro für das :D

Die Kosten der neuen Düsseldorfer Dachmarke „lachendes D“ sind seit dem vergangenen Jahr bereits um über 50 Prozent auf fast eine Million Euro gestiegen. Dies ergab eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftsförderung. Zu den rund 575.000 Euro für die Entwicklung und Einführung der Dachmarke (inklusive Fremdkosten) sind noch einmal 200.000 Euro für Kommunikationsmaßnahmen sowie knapp 127.000 Euro weiterer Kosten hinzugekommen. Hierin enthalten sind alleine 32.500 Euro für die juristische Betreuung bei der Eintragung der Markenrechte. Die indirekten Kosten, die bei den unterschiedlichen Stadtöchtern entstanden sind, sind in dieser Aufzählung nicht berücksichtigt. So überflüssig wie der gesamte Dachmarkenprozess war auch das Geld für die juristische Betreuung bei der Eintragung der Markenrechte: auch nach zwei Jahren ist das :D noch immer nicht genehmigt. Nach Markenveröffentlichung wurde sowohl beim „Deutschen Patent und Markenamt“ als auch beim für den EU-Rechtsraum zuständigen „Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt“ Widerspruch gegen die Eintragung eingelegt. Dem Zeichen fehlt offenbar die Unverwechselbarkeit. DIE LINKE fordert, das :D schnellstens einzustampfen, bevor weitere Millionen verschwendet werden. Düsseldorf braucht für einen Imagewandel keine neue Dachmarke. Eine neue Politik, bei der im Sinne der EinwohnerInnen Gelder eingesetzt und nicht zum Fenster hinaus geworfen werden, wären für das Image ausreichend.

Abschiebung auf Rezept

Krankheiten halten sich nicht an Gesetze

Was passiert mit denjenigen, die keinen gültigen Aufenthaltsstatus haben und eine medizinische Versorgung benötigen? Krankheiten können jeden betreffen und differenzieren nicht nach dem Aufenthaltsstatus, also wieso tut es die Politik? Wie bereits mit dem von unserer Fraktion im Ausschuss für Gesundheit und Soziales gestellten Antrag in der vorherigen Ratsperiode, versu-

chen. Oft kommt es zu einer Verschlimmerung und sogar Chronifizierung von Erkrankungen. Nicht selten endet dies im medizinischen Notfall“, so Dr. Ulrich Clever, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesärztekammer (BÄK). Daraus wird deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Um Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus überhaupt Zugang zur

Aufgabe übernommen, die eigentlich Aufgabe von Bund, Land und Kommunen ist. MediNetz wird zwar hoch geachtet, eine Finanzierung ihrer Arbeit aber bisher verweigert. Dieses ehrenamtliche Engagement und die rein durch Spenden finanzierten Mittel reichen jedoch bei weitem nicht aus, um allen Betroffenen die entsprechende notwendige medizinische Versorgung zu kommen zu lassen. Es kann nicht verlangt werden, dass ein ehrenamtliches Projekt als Garant für Gesundheitsversorgung eintritt. Zudem kann es kein Ersatz für den Zugang zur Gesundheitsversorgung darstellen.

Damit die medizinische Versorgung ohne Angst vor Abschiebung erfolgen kann, wird vom MediNetz vorgeschlagen, das Modell des Anonymen Krankenscheins umzusetzen. Dieses Modell sieht vor, den Betroffenen durch eine Clearingstelle Krankenscheine auszustellen, die Zugang zu einer regulären Gesundheitsversorgung ermöglichen. Dadurch brauchen keine Ämter hinzugezogen werden, die verpflichtet sind, Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus zu melden.

Die Finanzierung durch öffentliche Mittel ist dringend erforderlich, um den Betroffenen endlich eine Sicherheit bei Krankheit zu bieten sowie nötige Behandlungen zu ermöglichen. Diese Notwendigkeit einer Finanzierung wird von der LINKEN in Anfragen und Anträgen so lange thematisiert werden, bis öffentliche Gelder für die Gesundheitsversorgung bereit gestellt werden. DIE LINKE fordert die Umsetzung des Modells „anonymer Krankenschein“ und die Finanzierung durch öffentliche Mittel. Nur so kann dem Grundrecht auf Gesundheitsversorgung für Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus Rechnung getragen werden.



Kranksein darf nicht zur Abschiebung führen

Foto:flickr/GOVBA(CC BY-SA 2.0)

chen wir weiterhin, diesen Missständen entgegenzuwirken mit dem Ziel, jedem Menschen den Zugang zur medizinischen Versorgung zu ermöglichen. Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheitsversorgung, unabhängig von seinem rechtlichen Aufenthaltsstatus.

„Es darf nicht sein, dass Menschen mit Migrationshintergrund aus Angst vor Abschiebung oder wegen eines fehlenden Versicherungsschutzes gar nicht oder erst sehr spät einen Arzt aufsu-

ärztlichen Versorgung zu ermöglichen, hat sich in Düsseldorf das ehrenamtliche Projekt MediNetz der Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative STAY gegründet. Hierbei handelt es sich um ein von ÄrztInnen geführtes Versorgungsnetzwerk, welches seit sechs Jahren Betroffenen medizinische Hilfe anbietet. Durch ihre jahrelange kontinuierliche Arbeit hat MediNetz das Vertrauen der Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus gewonnen und hat eine wichtige

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein